



**Stellungnahme zu den Auswirkungen
des Vorhabens der
Diemelwind Marsberg GbR
auf angrenzende Wohnbebauung /
optisch bedrängende Wirkung**

zum Antrag auf Genehmigung zur Errichtung und zum Betrieb einer
Windkraftanlage des Typs Vestas V136-4.2 mit einer Nabenhöhe
von 169 m und einer Gesamthöhe von 237 m
im Bereich Niedermarsberg

Antragsteller und Bauherr

Diemelwind Marsberg GbR
Vattmannstr. 3
33100 Paderborn

Auftragnehmer

Anwaltskanzlei Dr. Welsing
Schwarzenberger Str. 59, 33178 Borcheln
Email: kanzlei-welsing@web.de

**Stellungnahme zu den Auswirkungen
des Vorhabens der Diemelwind Marsberg GbR
auf angrenzende Wohnbebauung /
optisch bedrängenden Wirkung.**

zum Antrag auf Genehmigung zur Errichtung und zum Betrieb einer
Windkraftanlage des Typs Vestas V136-4.2 mit einer Nabenhöhe
von 169 m und einer Gesamthöhe von 237 m
im Bereich Niedermarsberg

Bauherren / Antragsteller:
Diemelwind Marsberg GbR
Vattmannstr. 3
33100 Paderborn

Auftragnehmer:
Anwaltskanzlei Dr. Welsing
Dr. iur. Marcel Welsing
Lehrbeauftragter der Universität Bielefeld
Schwarzenberger Str. 59, 33178 Borcheln
Email: kanzlei-welsing@web.de

Inhaltsverzeichnis

1.	Aufgabenstellung, Standortbeschreibung, rechtlicher Rahmen	4
2.	Methodik zur Bewertung der optisch bedrängenden Wirkung	8
3.	Entfernungsangaben, betroffene Wohnobjekte, Beschreibung	9
4.	Windrichtung/Rotorstellung	20
5.	Fazit der Untersuchung	23

Abbildungsverzeichnis / Tabelle

Abbildung 1	Geplanter Standort	4
Abb. 2 a-d	Wohngebäude im maßgeblichen Umfeld	9
Abb. 3 a-d	Wohnhäuser, Hofstelle	13
Abb. 4 a, b	Blick aus Erdgeschoss Nr. 9b, Büro	19
Abb. 5 a, b	Blick aus Erdgeschoss Nr. 9b, Küche	20
Abb. 6	Rotorstellung in Bezug auf Sichtachsen	22
Tabelle 1	Windverteilung am Vorhabenstandort	21

1. Aufgabenstellung, Standortbeschreibung und rechtlicher Rahmen

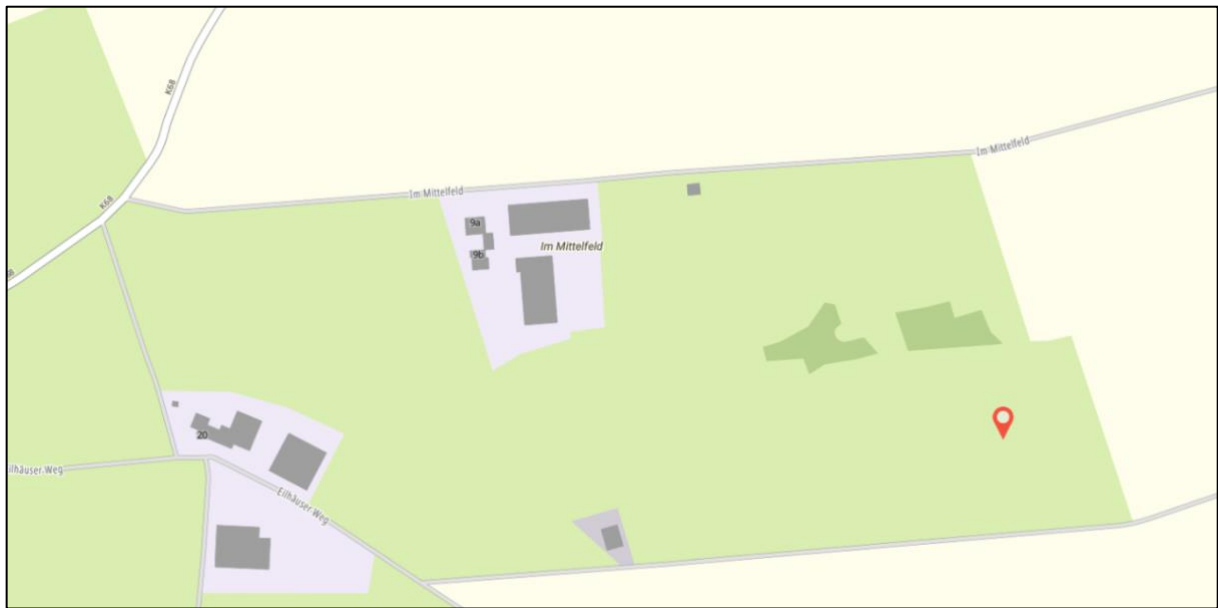


Abb. 1: Geplanter Standort.

Die Diemelwind Marsberg GbR, Vattmannstr. 3, 33100 Paderborn plant die Errichtung und den Betrieb einer Windenergieanlage (WEA) des Herstellers Vestas, Typ V136-4.2 mit einer Nabenhöhe von 169 m und einer Gesamthöhe von 237 m.

In der Umgebung werden bereits Windkraftanlagen betrieben bzw. sind in der Errichtung oder im Genehmigungsverfahren. Insofern ist das Areal optisch bereits vorbelastet.

Das Vorhabengebiet befindet sich auf dem Gebiet der Gemeinde Marsberg, in der Gemarkung Niedermarsberg auf dem Grundstück Flur 3, Flurstück 84 (Standort WEA-Turm).

Die geplante Standort-Koordinate lautet:

UTM E-32: E 492.171 N 5.700.817.

Das Bundes-Immissionsschutzgesetz (BImSchG) bestimmt in § 5 Abs. 1, dass genehmigungsbedürftige Anlagen (und somit auch Windenergieanlagen) so zu errichten und zu betreiben sind, dass keine schädlichen Umwelteinwirkungen, sonstige Gefahren, erhebliche Nachteile oder Belästigungen für die Allgemeinheit und die Nachbarschaft hervorgerufen werden können.

Windenergieanlagen können solche nachteiligen Auswirkungen auf benachbarte Wohngebäude entfalten und eine sog. optisch bedrängende Wirkung auslösen, was im Einzelfall nach den örtlichen Gegebenheiten zu beurteilen ist.

Zwar muss im Außenbereich grundsätzlich mit der Errichtung privilegierter Vorhaben wie einer Windenergieanlage und ihren Begleiterscheinungen (Schall, Schattenwurf etc.) gerechnet werden, jedoch muss nicht hingenommen werden, dass eine solche Anlage so nah an ein Wohngebäude heranrückt, dass es zu einer optisch bedrängenden Wirkung kommt.

Optisch bedrängend kann eine Windenergieanlage (allein oder im Verbund mit anderen) indes nur sein, sofern sie „erdrückend“ wirkt, das Nachbargrundstück demnach regelrecht „abgeriegelt“ und „eingemauert“ wirkt – unter Berücksichtigung von Windenergieanlagen innewohnenden Spezifika wie dem Dreh- bzw. „Unruhemoment“ des Rotors (vgl. OVG Niedersachsen, Beschluss vom 04. April 2005, Az. 1 LA 76/04).

Die Beurteilung dieser Frage erfolgt im Rahmen der Würdigung der konkreten Einzelfallumstände.

Maßgebliche Kriterien, ob ein solcher Verstoß gegen das in § 35 Abs. 3 S. 1 BauGB und immissionsschutzrechtlich normierte, drittschützende nachbarschaftliche Rücksichtnahmegebot vorliegt, sind nach einschlägiger Rechtsprechung vor allem die Gesamthöhe der Anlage, die rotorüberstrichene Fläche und die Rotorstellung (in Bezug zur Hauptwindrichtung) zum Wohnhaus sowie die Entfernung zu den zu untersuchenden Wohngebäuden, deren etwaige Außenbereichslage inklusive bestehender Vorbelastung des Areals durch Windkraftanlagen, deren Innenraumaufteilung resp. -nutzung und die Sichtbeziehungen (Hauptblickrichtung oder seitwärts befindlich) – unter Berücksichtigung von den dem Betroffenen zumutbaren, architektonisch abschirmend-

schützenden Maßnahmen, die diese zu treffen haben, da die Wohnbebauung im Gegensatz zur gem. § 35 Abs. 1 BauGB privilegierten Windenergieanlage außenbereichsfremd sei (vgl. beispielhaft zu den Kriterien nur OVG NRW, B. v. 13.09.2017, Az. 8 B 1373/16).

Nach gängiger Rechtsprechung des Oberverwaltungsgerichts NRW (OVG; s. nur Urteil vom 09. August 2006 - Az. 8A 3726/05, bestätigt durch BVerwG, Beschluss vom 11. Dezember 2006 Az. 4B 72.06; Beschluss vom 24. Juni 2010, Az. 8A 2764/09; Beschluss vom 08. Juli 2014, Az. 8 B 1230/13; Beschluss vom 27. Juli 2015, Az. B 390/15) **galt bislang** (nicht isoliert, sondern unter Berücksichtigung vorgenannter Kriterien), dass

- falls der Abstand zwischen einem Wohnhaus und einer WEA mindestens das Dreifache der Gesamthöhe (Nabenhöhe + $\frac{1}{2}$ Rotordurchmesser), die Einzelfallprüfung zu dem Ergebnis gelangen dürfte, dass von dieser WEA keine optisch bedrängende Wirkung zu Lasten der Wohnnutzung ausging, da bei einem solchen Abstand die Baukörperwirkung und die Rotorbewegung der WEA so weit in den Hintergrund treten, dass ihr in der Regel keine beherrschende Dominanz und damit keine optisch bedrängende Wirkung zukam;
- falls der Abstand geringer als das Zweifache der Gesamthöhe der Anlage ausfällt, die WEA eine dominante und optisch bedrängende Wirkung entfaltet, da das Wohnhaus dann von der WEA optisch überlagert und vereinnahmt werden dürfte, resp. die WEA durch den verkürzten Abstand auf das Wohnhaus und den damit vergrößerten Betrachtungswinkel derart unausweichlich im Sichtfeld positioniert wäre, dass die Wohnnutzung in unzumutbarer Weise beeinträchtigt wäre;
- falls der Abstand zwischen dem Zwei- und Dreifachen der Gesamthöhe beträgt, eine Einzelfallprüfung erfolgen musste.

Mit dem „Gesetz zur sofortigen Verbesserung der Rahmenbedingungen für die erneuerbaren Energien im Städtebaurecht“ (BGBl. 2023 I Nr. 6 vom 11.01.2023) hat der Bundesgesetzgeber zur Beschleunigung und zur Flächenpotenzialhebung des Windkraftausbaus festgelegt, dass § 249 BauGB einen neuen Abs. 10 erhalten wird.

Nunmehr gilt, dass der öffentliche Belang der optisch bedrängenden Wirkung einem Vorhaben (...) der Nutzung der Windenergie in der Regel nicht entgegensteht, wenn der Abstand von der Mitte des Mastfußes der Windenergieanlage bis zu einer zulässigen baulichen Nutzung zu Wohnzwecken mindestens der zweifachen Höhe der Windenergieanlage entspricht (Nabenhöhe zzgl. Rotorradius).

Dieser neuen Rechtslage ist mittlerweile auch das OVG NRW in seinen aktuellen Urteilen gefolgt.

Demnach verschiebt sich die Einzelfallprüfung dahingehend, dass bei einem Abstand von mehr als der zweifachen Gesamthöhe nur eine Ausnahmeprüfung stattfindet, um atypische oder besonders schwerwiegende Konstellationen zu beurteilen.

Ferner verschieben sich die sonstigen Beurteilungsmaßstäbe dahingehend, dass auch der Schwellenwert der zweifachen Gesamthöhe bei seiner Unterschreitung nicht mehr als regelmäßiger Ausnahmetatbestand zu begreifen, sondern ebenfalls einer Einzelfalluntersuchung zuzuführen ist.

2. Methodik zur Bewertung der optisch bedrängenden Wirkung

Entsprechend des aus dem Urteil des Oberverwaltungsgerichtes Münster (Az: 8A 3726/05) abgeleiteten Ansatzes sind u.a. folgende Kriterien im Rahmen einer vertiefenden Einzelfallprüfung zu beachten, die nötigenfalls allesamt herangezogen werden können, falls sich nicht im Laufe der Untersuchung bereits aus den bis dahin geprüften Punkten eine Nichtbetroffenheit ergibt:

Abstände zwischen der Wohnbebauung und der geplanten
Windenergieanlage; mögliche Außenbereichslage des Grundstücks;

Vorbelastung des Areals;

Nabenhöhe und Rotordurchmesser der geplanten
Windenergieanlage;

Lage von Wohnräumen und die individuelle Nutzungshäufigkeit durch die
Bewohner;

sichtverschattende Elemente und Möglichkeiten der Selbsthilfe.

3. Entfernungsangaben / Betroffenes Wohnobjekt, Beschreibung

Entsprechend der Vorgaben des § 249 Abs. 10 BauGB und der Gesamthöhe der Windkraftanlage Vestas V136-4.2 von 237 m ist folglich bei einem **Abstand von mindestens 474 m** zu einem Gebäude mit zulässiger baulicher Nutzung im Regelfall von keiner optisch bedrängenden Wirkung auszugehen. Sofern der Abstand von 474 m unterschritten wird, ist eine Einzelfallprüfung vorzunehmen.

Dieser Regelsatz wie auch die Formel galten in der Rechtsprechung auch bei neueren, moderneren und ggf. höheren Windenergieanlagen (vgl. OVG NRW, B. v. 26.07.2017 – Az.: 8 B 396/17); da der § 249 Abs. 10 BauGB erst unlängst eingeführt wurde, sind von seiner Regelung entsprechend auch neue, moderne Windkraftanlagen umfasst.



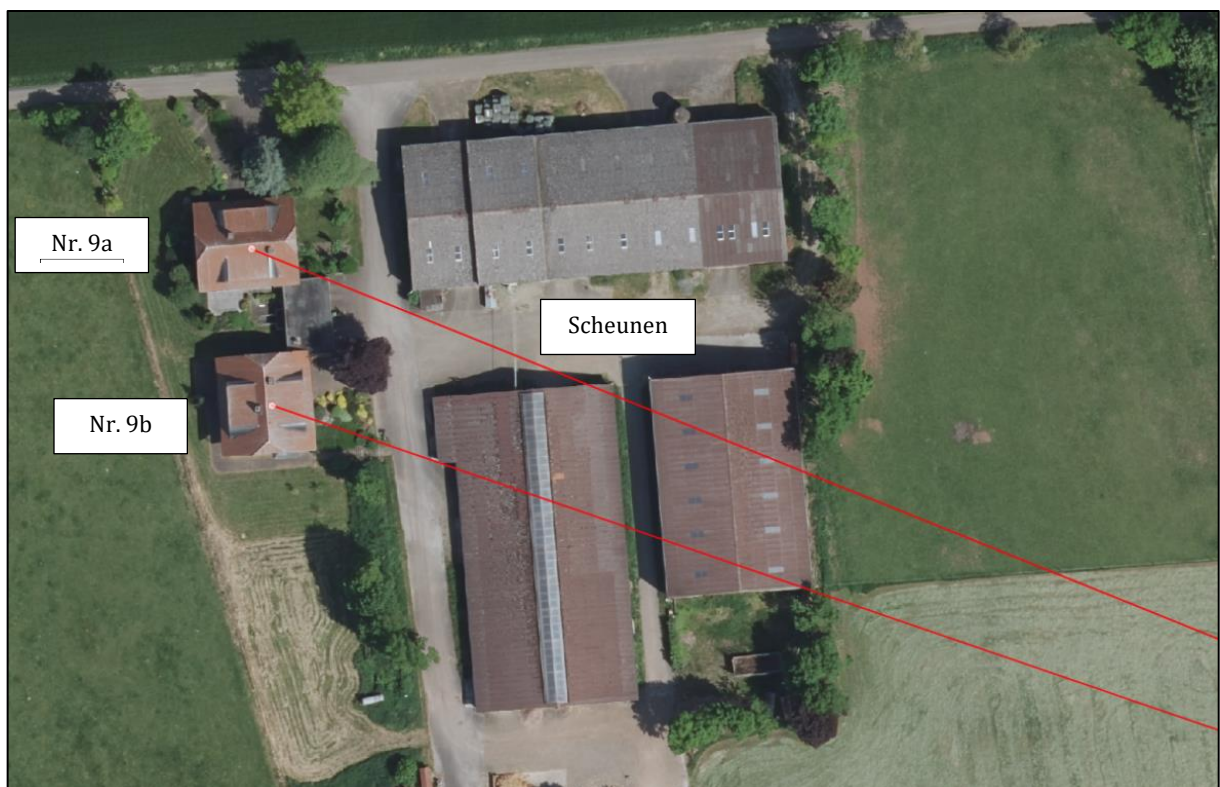
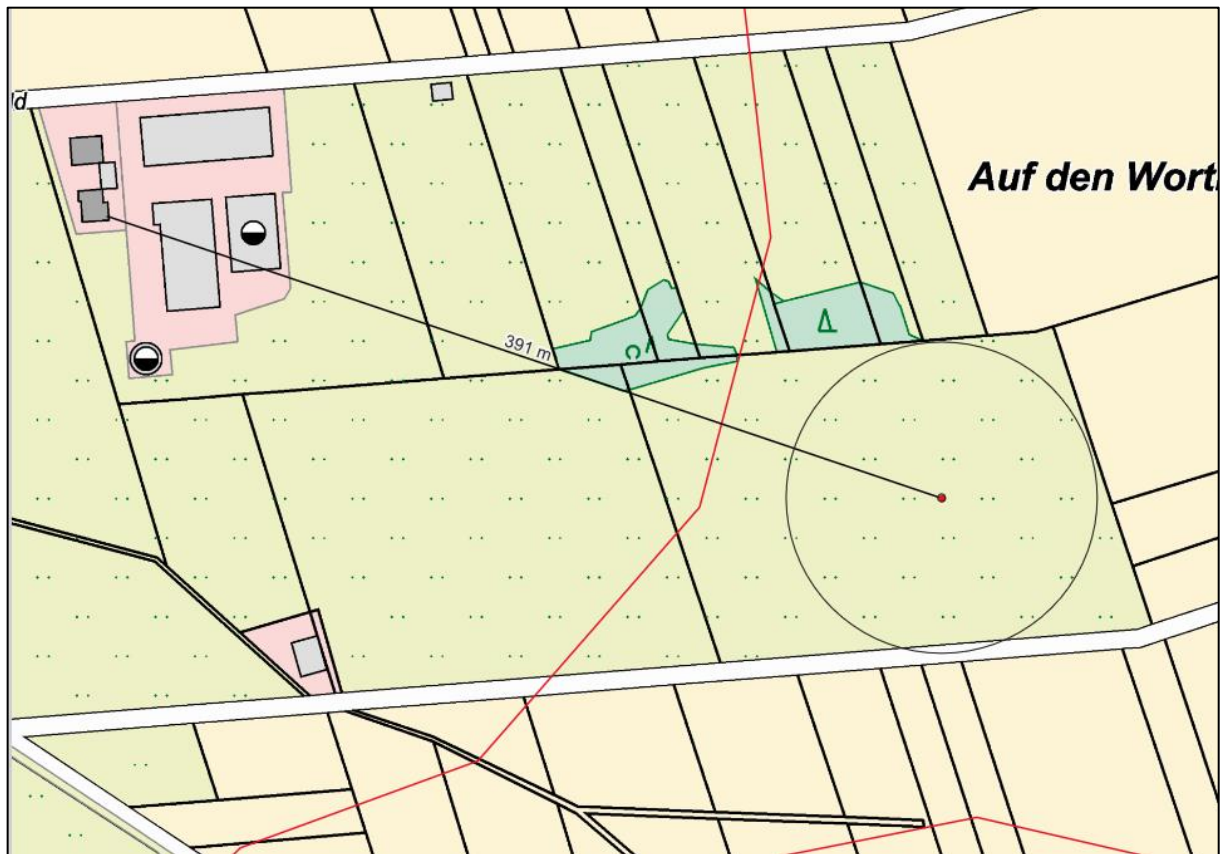


Abb. 2 a-d: Wohngebäude im maßgeblichen Umfeld der geplanten Windkraftanlage; d: Im Mittelfeld 9/9a (Quelle: Tim Online 2.0, NRW).

Aus der Abb. 2 a, b ergibt sich, dass sich im maßgeblichen Umfeld der zweifachen Gesamthöhe der geplanten Windkraftanlage eine Hofstelle mit zugehörigem Wohngebäudebereich befindet („Im Mittelfeld 9 a/ 9b“).

Eine weitere Hofstelle befindet sich in einem Abstand von rund 576 m deutlich oberhalb des maßgeblichen Abstands (mehr als die 2,4-fache Abstandsrelation der Gesamthöhe der geplanten Windkraftanlage entfernt), außerdem ist das dortige Wohnhaus durch die in Richtung des geplanten Windkraftanlagenstandorts vollständig sichtverschattet (in Richtung Ost).

Das Merkmal der zweifachen Gesamthöhe als im Regelfall unbedenklicher Abstand ist dabei allgemein formuliert und bezieht sich nicht nur auf Wohnungen im Außenbereich oder in Gewerbegebieten, sondern auch auf das Innenbereichswohnen, auf Wohnen an Ortsrandlagen usw. – also Wohnformen, die nicht als Ausnahmetatbestand zu begreifen, sondern als „normale Wohnform“ gelten und folglich gegenüber solchen Außenbereichswohnlagen mit einem höheren oder sensibleren Schutzniveau versehen sind.

Von diesen „klassischen Innenbereichs- bzw. Ortsrandlagen – Wohnhäuser“ geht folglich der Grundfall der Schutzbeurteilung aus., sodass bei Wohnobjekten mit niedrigerem Schutzanspruch (wie Außenbereichs- und / oder Betriebsleiterwohnungen) im „rechtlichen Koordinatensystem“ entsprechende Beurteilungsableitungen zu ziehen und Anforderungen im gewissen Umfang zu senken sind.

Folglich sind solche Abstandsanforderungen auch in dem Lichte zu betrachten, dass es sich im vorliegenden Falle um ein Außenbereichswohnen (ggf. Betriebsleiterwohnen) handelt, dem im Grunde ein Mehr an Beeinträchtigung zuzumuten ist (insbesondere durch Einflüsse durch privilegierte Vorhaben, die typischerweise nur im Außenbereich zulässig sind). Ausgangspunkt der Bewertung ist auch hier der zweifache Gesamthöhenabstand zur geplanten Windkraftanlage.

Die Hofstelle Im Mittelfeld 9 a (nördliches Wohnhaus / 9b (südliches Wohnhaus) liegt mindestens rund 391 m (gemessen ab der Hauswand des südlichen Wohnhauses; vom nördlichen Wohnhaus sind es rund 402 m) von der geplanten Windkraftanlage entfernt, die in südöstlicher Richtung entstehen soll.

Die Abstandsrelation beträgt folglich die rund 1,65-fache Gesamthöhe der geplanten Windkraftanlage (Nr. 9b; bzw. 1,7-fach zur Nr. 9a).

Es liegt ferner eine Unterschreitung der 2-fachen Gesamthöhe vor.

Aus beiden Wohnhäusern ist eine Sichtbeziehung zum Windkraftanlagenstandort aus der jeweils gen Osten weisenden Hausseite hinaus denkbar (vgl. Abb. 2).

Die jeweils gen Süden weisende Hausseite ist so angeordnet, dass sich ein Betrachter weit aus einem Fenster hinauslehnen müsste, um überhaupt in die Richtung der geplanten Windkraftanlage schauen zu können – was jedoch ein unübliches Nutzungsverhalten der Fensterbereiche darstellen würde, welches in der Folge keinem Schutz unterstellt wäre.

Die realistische Abstandsrelation – gemessen an der Lage der Fenster der jeweiligen Haus-Ostseite mit tatsächlicher Sichtoption zur Windkraftanlage hin – verschiebt sich folglich geringfügig um wenige Meter und die relative Abstandsrelation würde damit ein wenig zunehmen.



Nr. 9b, Ostseite



Abstand zu großen Funktionsgebäuden



Vegetation vor Wohnhäusern, Ostseite.



Nr. 9a (Ostseite), Garagen

Abb. 3 a-d: Wohnhäuser, Hofstelle (unten).

Den beiden Wohnhäusern sind Funktionsgebäude der Hofstelle – es handelt sich um große Scheunen – östlich und damit in Richtung der Windkraftanlage bzw. genau in der aufzunehmenden Sichtachse hin zum Windkraftanlagenstandort vorgelagert (mit einem Abstand von rund 17 bzw. 19 m zum jeweiligen Wohnhaus, demnach recht nah an das jeweilige Wohngebäude herangebaut, s. Abb. 3b).

Die genutzten Außenbereiche der beiden Wohnhäuser (inkl. Balkone der Hausnr. 9a) weisen nicht in Richtung Ost, sondern in Richtung West. Insofern sorgt schon das jeweilige Wohnhaus für eine Sichtverschattung, sodass die geplante Windkraftanlage nicht wahrzunehmen ist.

Zu beachten ist ferner, dass der alleinige Eigentümer der Hofstelle in das Windkraftvorhaben als Verpächter der Vorhabenfläche eingebunden ist, das Projekt unterstützt bzw. dies von ihm also gewollt ist. Auf Anforderung kann eine Einwilligungserklärung erbracht werden.

Aufgrund seiner Seh-Beeinträchtigung fühlt er sich ohnehin nicht optisch vom Vorhaben gestört. Weitere Aspekte wie Schallbelastung usw. sind dem Genehmigungsverfahren unter anderen Gesichtspunkten vorbehalten und führen ggf. zu einer Reduzierung der Betriebsweise (bspw. nachts).

Für solche Konstellationen, bei welchen der Eigentümer resp. Bewohner betroffener Wohnhäuser zugleich direkter Projektbeteiligter und mit allen Projektumständen einverstanden ist, sind weitere Senkungen des Schutzniveaus anerkannt.

Das *Wohnhaus Nr. 9a* weist im Obergeschoss nebeneinander liegende Fenster vor, die in Richtung des geplanten Windkraftanlagenstandorts weisen. Allerdings ist das Obergeschoss komplett ungenutzt. Es ist nach Auskunft des Eigentümers auch nicht geplant, hier entsprechende Räumlichkeiten herzurichten (bzw. falls wider Erwarten eine Wohnaufnahme erfolgen sollte, könnten die Räumlichkeiten frei gewählt werden, sodass bspw. das Wohnzimmer auf eine der anderen Hausseiten gelegt werden könnte). Daher sind die Fenster-Rolläden auch fast durchgehend geschlossen.

Im Erdgeschoss befindet sich ein Doppelfenster, hinter welchem sich das Schlafzimmer verbirgt. Das Schlafzimmer hat indes ebenfalls nur ein herabgesetztes Schutzniveau; wenn hier der Aufenthalt zur Abend- und Nachtzeit stattfindet, ist es dunkel und die Windkraftanlage folglich nicht zu sehen. Darüber hinaus sind zur Wahrung der Privatsphäre dann die Gardinen zugezogen bzw. Rolläden geschlossen.

Hinzu kommt, dass die vorgebaute Doppelgarage und die Büsche, die direkt an die Garage anschließen, die Sichtachse zum geplanten Windkraftanlagen-Standort hin fast vollständig durchbrechen, sodass der seitliche Sichtbereich aus dem Fenster hinaus in Richtung der WEA überlagert ist – der im Fenster stehende Betrachter müsste ohnehin nach rechts schauen, um überhaupt in Richtung der geplanten Windkraftanlage zu blicken. Selbst ohne diese Sichtverschattung wäre die Windkraftanlage somit nur im seitlichen Sichtfeld zu sehen und damit nicht dominant, aufgrund der örtlichen Gegebenheiten (Garage, Vegetation) ist sie somit aber fast verdeckt.

Eine optische Beeinträchtigung des Wohnhauses Nr. 9a ist durch das geplante WEA-Vorhaben folglich nicht gegeben.

Das *Wohnhaus Nr. 9b* weist in Richtung des geplanten Windkraftanlagenstandorts in der Gaube des Obergeschosses drei Fenster vor. Aus diesen ist eine Sicht in Richtung des geplanten WEA-Standorts denkbar, allerdings ist das Dachgeschoss ungenutzt. Es ist nach Auskunft des Eigentümers auch nicht geplant, hier Räumlichkeiten herzurichten und für den Fall, dass dies wider Erwarten doch geschehen sollte, können insbesondere die Räume mit höherem Schutzniveau (bspw. das Wohnzimmer) im Obergeschoss so gelegt werden, dass keine Sicht zum geplanten Windkraftanlagenstandort aufgenommen werden kann.

Die vorgebauten Funktionsgebäude der Hofstelle sorgen beim Blick aus dem Obergeschoss heraus für eine spürbare Beeinträchtigung und Einschränkung des Sichtfelds, sodass aus dem Obergeschoss heraus nur ein kleiner Teil der Windkraftanlage (Teile des Turms) sichtbar sein würden.

Im Untergeschoss finden sich Fenster, aus denen eine Sicht bzw. Fernsicht nicht nur aufgrund der Vegetation (welche die Sichtachse durchbricht), sondern auch aufgrund des Umstands, dass diese sehr tief im Gebäudekörper liegen und sich die bereits erwähnten hohen Funktionsgebäude in der Sichtachse befinden, nicht gegeben.

In diesem Untergeschoss finden sich überdies lediglich Hauswirtschaftsräume – demnach reine Funktionsräume ohne optischen Schutzanspruch.

Im Erdgeschoss finden sich im rechten Gebäudeteil zwei zurückgesetzte Fenster im Eingangsbereich, gefolgt von drei schmalen Fenstern in der Gebäudemitte und einem Fenster rechts.

Die Fenster sind zum Teil durch die unmittelbar am Gebäude befindlichen Büsche sowie durch den angrenzenden Baumbestand am Vorgartenrand des Gebäudes in Richtung der geplanten WEA hin sichtverschattet.

Der Betrachter, welcher in Richtung der geplanten Windkraftanlage schauen möchte, nimmt diese bei einer normalen / üblichen Sicht aus dem Fenster – d.h. mittig und im Raum knapp vor dem Fenster stehend bei geradeaus gerichteter Sicht – nur eingeschränkt, d.h. im seitlichen Gesichtsfeld wahr, da er gen Osten schaut, die Windkraftanlage jedoch südöstlich geplant ist.

Hier sorgen folglich schon moderate Selbsthilfemaßnahmen dafür, dass die Windkraftanlage nicht mehr sichtbar wäre (bspw. seitliche Gardinen, Plissees).

Der Sichtwinkel aus dem jeweiligen Fenster heraus wird dabei umso spitzer, desto nördlicher das Fenster in der Hauswand gelegen ist. Hier muss der Betrachter seinen Kopf schon spürbar resp. deutlicher wenden, um überhaupt in die Richtung der Windkraftanlage zu schauen, was ebenfalls eine tendenziell mutwillige Sichtaufnahme bedeuten würde.

Insbesondere aus den beiden Fenstern im Erdgeschoss, die im Eingangsbereich liegend baulich zurückversetzt sind („unter der Gaube“ des Eingangsbereichs), ist eine Sichtaufnahme (auch aufgrund des durch die Gaube bedingten Hauswandversprungs) nicht oder nur sehr eingeschränkt möglich.

Die in der Gaube befindlichen Fenster gehören zum Büro, also einem funktionalen Raum, der ohnehin nur ein herabgesetztes Schutzniveau genießt. Bei der Raumnutzung fällt der Blick überdies nicht aus dem Fenster – am Schreibtisch sitzend schaut der Nutzer in eine andere Richtung bzw. ist auch so im Raum positioniert, dass der Blick in südöstliche Richtung nicht prägend ist.

Der weitere Sichtachsenverlauf führt ferner durch zwei große Funktionsgebäude / Scheunen hindurch, welche die Sicht aus dem Erdgeschoss nahezu verdecken.

Die sich an der Hausfront anschließenden schmalen Fenster gehören zum Flurbereich – somit zu einem reinen Funktionsraum ohne Schutzanspruch – sowie zu einem WC.

Das abschließende, linke Fenster gehört zur Küche, die als Funktionsraum ebenfalls nur einen stark verminderten Schutzanspruch genießt.

Insbesondere das Wohnzimmer / Esszimmer orientieren sich nach Westen bzw. Süden, sodass die wesentlichen Wohnräume vom Windkraftvorhaben völlig unbeeinflusst bleiben.

Die Windkraftanlage ist generell aus dem Erdgeschoss nicht oder nur sehr einschränkt zu sehen (vgl. Abb. 4b, wobei sich die dort zu sehende WEA auf eine Fremdplanung bezieht und folglich das hiesige Vorhaben durch die Scheune und Vegetation in dieser Sichtbeziehung sichtverschattet ist) und entfaltet somit keine optische Dominanz im Landschaftsbild bzw. überprägt dieses nicht. Dominant wirkt einzig der Baukörper der Scheune.

Aus der Abb. 5a (Fotomontage) wird deutlich, dass auch dort nur die WEA einer Fremdplanung in das Blickfeld fallen wird; dort „schaut“ der Rotor mit einem Teil des Turms über die Scheune hinaus.

Die hiesige Planung ist jedoch so gelagert, dass lediglich ein kleiner Teil des („unbewegten“) Turms sichtbar sein wird; der bewegte Rotor als „unruhiges Element“ im Landschaftsbild ist folglich nicht zu sehen. Die Dominanz entfaltet erneut die Scheune, ansonsten die Windkraftanlage der Fremdplanung im Hintergrund der Szenerie.

Außerdem muss der Betrachter seinen Blick heben, um über die Scheunendächer hinweg schauen zu können. Somit können bereits niederschwellige Selbsthilfemaßnahmen wie das Anbringen einer kurzen Gardine im oberen Fensterbereich oder Plissees in allen Fenstern des Erdgeschosses eine vollständige Sichtverschattung bieten.



Abb. 4 a, b: Blick aus Erdgeschoss Nr. 9b (Büro) zum geplanten WEA-Standort (unten: Fotomontage mit WEA aus Fremdplanung).



Abb. 5 a, b: Blick aus Erdgeschoss Nr. 9b (Küchenfenster) zum geplanten WEA-Standort (oben: Fotomontage mit WEA aus Fremdplanung; unten: Fotomontage lediglich mit der hiesigen geplanten WEA).

Eine optisch unzulässige Beeinträchtigung der geplanten Windkraftanlage auf das Wohnhaus Nr. 9b ist vor diesem Hintergrund nicht gegeben.

4. Windrichtung / Rotorstellung

Vor dem Hintergrund des bereits zitierten Urteils des OVG NRW ist zu prüfen, von welcher Bedeutung die in der Höhe wahrzunehmende Drehbewegung des Rotors auf die optisch bedrängende Wirkung der geplanten Windenergieanlage ist.

Daraus ist abzuleiten, dass die häufigste Stellung des Rotors zu den betrachteten Wohnstellen in die Bewertung der optisch bedrängenden Wirkung einbezogen werden muss.

Dabei ist in Verbindung mit den vorherrschenden Windrichtungen festzustellen, ob die Bewohner meist auf die breite Seite des Rotors (90°), meist auf die schmale Seite des Rotors (0°) oder meist auf eine Zwischenstellung (45° bzw. ca. 25° bis 70°) blicken.

Die Daten zur Windverteilung wurden der Weibull-Verteilung eines Turbulenzgutachtens einer Windkraftanlage in der unmittelbaren Nachbarschaft (Gutachter I17, Nr. I17-SE-2021-012-Rev.1 / Windpark Marsberg-Mittelfeld) entnommen und sind in Tabelle 1 dargestellt.

Tab. 1: Windverteilung am Vorhabenstandort (Quelle: Gutachten I17).

Höhe: 166 m ü. Grund				A [m/s]	k [-]	p [%]
UTM ETRS89 Zone 32						
X [m]	491859	Y [m]	5701710			
Sektor		Windrichtung [°]				
N		0		4.99	1.975	2.9
NNO		30		5.12	2.146	3.0
ONO		60		5.27	2.283	4.2
O		90		5.57	2.330	6.7
OSO		120		5.38	2.455	6.9
SSO		150		5.66	2.357	6.5
S		180		7.33	2.404	10.0
SSW		210		8.78	2.654	12.2
WSW		240		8.47	2.596	13.6
W		270		8.36	2.357	16.4
WNW		300		7.48	2.275	11.9
NNW		330		6.10	2.146	5.7
Gesamt				7.21	2.158	100.0
v _{ave} [m/s]				6.39		

Die häufigsten am Standort vorherrschenden Rotorstellungen liegen zwischen 180° und 300°, sodass gewichtet von einer Hauptwindrichtung von 240° („Südwest/SW“) ausgegangen werden kann.

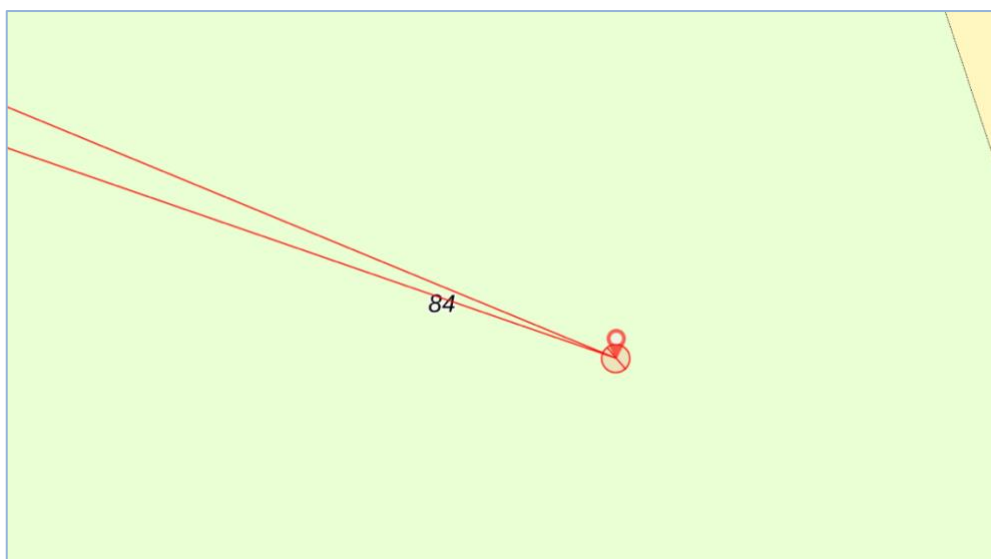
Entsprechend bedeutet das eine Stellung der Rotorblätter der projektierten WEA ca. in Richtung 150° bzw. 330°.

Die Sicht aus dem Wohnhaus Nr. 9a geschieht in den meisten Fällen in einem Winkel von rund 27°, aus dem Wohnhaus Nr. 9b in den meisten Fällen in einem Winkel von rund 30°, sodass eine beginnende Zwischenstellung des Rotors / der Gondel mit starker seitlicher Drehung zu sehen sein wird. Die Stellung des Rotors entspricht dabei fast dem Blick auf die schmale Seite.

Die Ausdehnung des Rotors mitsamt dem Unruhemoment seiner Drehbewegung ist somit nur äußerst eingeschränkt bis nahezu gar nicht wahrnehmbar, sodass die etwaige Störwirkung des Rotors in der Landschaft bzw. auf den Betrachter aus dem Wohnhaus heraus stark eingeschränkt bzw. minimiert ist.

Der Rotor der Windkraftanlage wird folglich in den meisten Fällen nicht als störendes Unruhe-Element zu erkennen sein.

Damit ein Betrachter auf die breite Vorderseite des Rotors schaut, müsste ein Nordwest-Wind vorherrschen; dies ist jedoch ausweislich der aufgezeigten Verteilung praktisch nie der Fall (rund 3-6% verteilt über das Jahr – inkl. Nachtzeiten, wo der Rotor aufgrund der Dunkelheit gar nicht sichtbar ist).



*Abb. 6: Rotorstellung in Bezug auf Sichtachsen aus den beiden Wohnhäusern
(Quelle: Tim Online 2.0, NRW).*

5. Fazit der Untersuchung

Die Diemelwind Marsberg GbR plant im Bereich Marsberg-Niedermarsberg die Errichtung einer Windkraftanlage des Typs Vestas V136-4.2 mit einer Gesamthöhe von 237 m. Diese tangiert im Umfeld ihrer zweifachen Gesamthöhe eine Hofstelle mit zwei Wohnbereichen (Im Mittelfeld Nrn. 9a, 9b).

Diese beiden Wohnbereiche befinden sich in einem Abstand von 391 m (Nr. 9b) bzw. 402 m (Nr. 9a) zum geplanten Windkraftanlagen-Standort, was einem Abstand der 1,65-fachen (Nr. 9b) bzw. 1,7-fachen Gesamthöhe der geplanten Windkraftanlage entspricht.

In dieser Hofstelle wohnt der das Projekt vollumfänglich unterstützende Eigentümer und Verpächter der Flächen der geplanten Windkraftanlage, was das für eine Beurteilung anzulegende Schutzniveau nochmals absenkt.

Die Lage und Ausrichtung der Wohnhäuser führt in Bezug zum geplanten Windkraftanlagenstandort dazu, dass nur aus deren gen Osten weisenden Hausseite hinaus eine Sichtbeziehung zur geplanten Windkraftanlage hergestellt werden kann.

Dabei ist jedoch zu beachten, dass sich die von den Wohnhäusern aus gesehen in südöstlicher Richtung geplante Windkraftanlage nicht mittig, sondern allenfalls im seitlichen Sichtfeld eines mittig im Fenster befindlichen und geradeaus blickenden Betrachters zu sehen sein wird, also nicht sein Blickfeld dominiert.

Um den Windkraftanlagen-Standort zu erblicken, müsste der Betrachter seinen Blick nach rechts (gen Südost) wenden, um eine entsprechende Sichtwinkelbeziehung eingehen zu können.

Eine solche Sichtaufnahme würde allerdings fast mutwillig geschehen und unterfiele keinem Schutzanspruchsbereich. Die Windkraftanlage ist ansonsten allenfalls im seitlichen Sichtfeld gelegen, sodass bereits einfache und niederschwellige Selbsthilfemaßnahmen ergriffen werden könnten (bspw. Plissees oder seitliche Gardinen).

Aus der Hausnummer 9a heraus ist eine Sichtaufnahme aus dem Obergeschoss denkbar, allerdings ist das Obergeschoss ungenutzt und meistens sind die Fenster verschlossen (Rolläden). Im Erdgeschoss findet sich lediglich ein Schlafzimmerfenster, wobei dieser Funktionsraum nur ein herabgesetztes Schutzniveau hat (bei der Nutzung ist es draußen dunkel und die WEA ist nicht zu sehen; ferner werden Rolläden/Gardinen geschlossen, um ein Hineinblicken zur Wahrung der Privatsphäre zu verhindern). Hier sorgt aber neben mehreren Büschen insbesondere die vorgelagerte Doppelgarage dafür, dass die Sichtachse in Richtung des geplanten Windkraftanlagenstandorts ohnehin stark eingeschränkt bzw. durchbrochen ist.

Aus der Hausnummer 9b heraus ist die Windkraftanlage aus dem Untergeschoss nicht zu sehen (dort befinden sich reine Hauswirtschaftsräume ohne Schutzanspruch), das Obergeschoss ist leerstehend und es ist keine Herrichtung von Wohnräumlichkeiten geplant; diese könnten jedoch (wie auch bei der Nr. 9a) andernfalls so frei gestaltet werden, dass keine wesentlichen Räume mit Schutzanspruch in Richtung der WEA ausgerichtet sind.

Im Erdgeschoss ist eine Sichtbeziehung hin zur WEA mit Einschränkungen denkbar; allerdings finden sich dort ebenfalls nur Funktionsräume mit reduziertem oder sogar ohne Schutzniveau (Büro, Küche, Flur / WC), aus denen die Sicht bei normaler Raumnutzung überdies nur eingeschränkt gegeben ist und andernfalls die Aufnahme einer Sichtbeziehung mutwillig erfolgen würde (dann aber nicht geschützt wäre).

Der Garten- bzw. Balkon – und Terrassenbereich der Wohnstellen orientiert sich bei beiden Wohnhäusern nach Westen, sodass von den Außenflächen keine Sichtbeziehung zur Windkraftanlage herstellbar ist.

Im Sichtachsenverlauf befindet sich bezogen auf beide Wohnstellen nicht nur zunächst direkt an das Gebäude anschließende Vegetation, sondern auch große und hohe Scheunen, welche die Sichtachsen stark einschränken bzw. (insbesondere bei einer Sicht aus dem Erdgeschoss heraus) durchbrechen.

Hier wird von der geplanten Windkraftanlage folglich nur ein Ausschnitt des Turmbereichs zu sehen sein; die Windkraftanlage eines Fremdprojekts wird stattdessen

in den Sichtbereich fallen, von welcher Teile des Rotors über die Scheune hinaus zu sehen sein werden.

Die geplante Windkraftanlage wird folglich nicht in ihrem vollen Ausmaße ersichtlich, insbesondere wird in vielen Fällen der Rotor als „Unruhemoment“ im Landschaftsbild nicht in den Blick fallen.

Der relativ schmale Turmbereich ist hingegen nicht als maßgeblich störend einzuordnen und wird die Sicht aus dem Wohnhaus heraus weder prägen noch dominieren resp. stören (so findet sich auf der Hofstelle bspw. ebenfalls ein hohes Silo, welches in seinen Ausmaßen optisch prägnanter ist).

Die Windverhältnisse am Standort sorgen überdies dafür, dass in den meisten Fällen ein Wind aus südwestlicher Richtung vorherrschen wird.

Dieser Umstand führt dazu, dass der Betrachter in den meisten Fällen nur eine beginnende Zwischenstellung des Rotors wahrnimmt, folglich nicht den Rotor und seine Bewegungen im vollen Ausmaße erblickt, sondern fast noch auf die schmale Seite des Rotors schaut. Hierdurch werden etwaige optische Störungen durch die Drehbewegungen des Rotors nahezu ausgeschlossen. Um die breite Vorderseite des Rotors zu sehen, müsste der Wind aus Nordwest kommend auf die Windkraftanlage einwirken, was jedoch in max. 10% der Jahresstunden auftritt (auch zur Nachtzeit, in welcher der Rotor nicht zu sehen sein wird, sodass sich auch diese Feststellung nochmals relativiert).

Das OVG NRW weist in seinen einschlägigen Urteilen darauf hin, dass derjenige, der im Außenbereich wohnt, grundsätzlich mit der Errichtung von in diesem Bereich privilegierten Windkraftanlagen, auch mehrerer, und ihren optischen Auswirkungen rechnen muss. Der Gesetzgeber hat die hinzunehmenden Einschränkungen durch die Baugesetznovelle nochmals deutlich abgesenkt und damit auch die Koordinaten der Einzelfalls-Beurteilung einer optisch bedrängenden Wirkung verschoben.

Dies bedeutet zwar nicht, dass der Schutzanspruch des Betroffenen entfällt, ihm aber eher Maßnahmen zumutbar sind, durch die er den Wirkungen der Windkraftanlage ausweicht oder sich vor ihnen schützt (vgl. OVG NRW 06.08.2002 – 10 B 939/02).

In der Rechtsprechung und Genehmigungspraxis sind sog. Selbsthilfemaßnahmen anerkannt, die der Bewohner eines Wohngebäudes ergreifen kann, um verbleibende optische Auswirkungen einer Windkraftanlage zu unterbinden. So können bereits niederschwellige Maßnahmen (wie das Anbringen von Gardinen oder Plissees) entsprechende Abhilfe verschaffen. Diese gelten insbesondere vor dem Hintergrund der herausgehobenen Stellung der Erneuerbaren Energien und damit der Windkraftanlagen (vgl. die Regelungen aus § 2 EEG) als geeignet und zumutbar – insbesondere, da Gerichte in anderen Sachverhalten schon tiefgreifendere Maßnahmen wie Ummöblierungen in Räumen bis hin zur Verlegung von Raumnutzungen vorgesehen haben.

Dies wird im vorliegenden Falle für beide Wohnhäuser aber nicht einmal erforderlich werden, da keine wesentlichen Räumlichkeiten (wie Wohnzimmer oder der Gartenbereich) betroffen sind.

Als Ergebnis lässt sich somit festhalten:

Eine optisch bedrängende Wirkung der geplanten Windkraftanlage auf umgebende Wohnbebauung im Außenbereich ist im vorliegenden Fall aufgrund der Einzelfallprüfung anhand der vorstehenden Kriterien als nicht gegeben einzustufen.

Das Gebot der Rücksichtnahme nach § 35 Abs. 3 Satz 1 BauGB wird folglich durch die Errichtung der beiden WEA nicht verletzt.

Borchen, im Oktober 2025



Dr. Marcel Welsing